

Denken statt Gedenken

Die Zerstörung der Taborkirche durch die Braunkohle

Jeffrey H. Michel

zur Protestdemonstration am 22.11.2008 in Heuersdorf

Der heutige Tag, der 22. November, hat für jeden Amerikaner und auch für jeden Weltbürger eine besondere Bedeutung. Es ist der Tag, an dem gerade vor 45 Jahren der 35. Präsident der USA, John F. Kennedy, durch ein Attentat ums Leben kam. Während seiner Amtszeit errichtete die DDR die Berliner Mauer. Kennedy war alles andere als beunruhigt darüber. Er meinte vielmehr, dass dadurch der Dritte Weltkrieg verhindert worden sei. Denn niemand würde eine Mauer errichten, um sie anschließend zu überrennen.

Die „Sicherung der Staatsgrenze“ stoppte die Abwanderung von Fachkräften aus der DDR, an denen es in allen Bereichen der Binnenwirtschaft mangelte. Die Versorgung der Bevölkerung sollte dabei zu einem möglichst hohen Grad der Selbstversorgung sichergestellt werden – mit Schuhen aus Weißenfels, Rundfunkempfängern aus Staßfurt, Obst und Gemüse, Computern und Bleistiften, Leuchtbirnen und Kerzen, und zur Schonung der Devisenkasse auch Zitronat aus grünen Tomaten, Wasserhähne aus Plaste und Kaffee mit 50prozentiger Beimischung von Zichorie, Spelzen, Roggen, Gerste und getrockneten Zuckerrübenschnitzeln unter dem Namen „Kaffee-Mix“, den das Volk abschätzig in „Erichs Krönung“ umtaufte. Die eingeschränkte Einfuhr von Importprodukten wie Südfrüchten, Fahrzeugen und Modeartikeln ergab sich aus der Notwendigkeit, die internationale Kreditwürdigkeit der DDR zu festigen. Durch die mangelnde Teilhabe am internationalen Warenaustausch blieb das ostdeutsche Konsumleben den Regeln einer Kriegswirtschaft unterworfen.

Nach dem Beitritt zur Bundesrepublik 1990 wurden die meisten eigenständigen Wirtschaftskreisläufe durch Prozesse der internationalen Arbeitsteilung abgelöst, was auch meistens die Auflösung bestehender politischer Selbstversorgungsstrukturen bedeutete. Eine bedeutende Ausnahme bildete jedoch die Braunkohlewirtschaft, in der bis heute noch alte gegenseitige Abhängigkeiten aufrechterhalten werden und lediglich die Erscheinungsformen westdeutscher Konzerne, Ämter und Gewerkschaften angenommen haben.

Die Heuersdorfer haben durch diesen Umstand immer wieder gesteigertes Unrecht erleiden müssen. Kaum jemand würde bestreiten, dass die Umsiedlung von Dörfern in den DDR alternativlos geworden war, nachdem die Sowjetunion ihre Lieferzusagen für Erdgas und Erdöl nicht mehr einhalten wollte. Die Abbaggerung von Heuersdorf ist aber unter dem Vorwand einer jederzeit möglichen Energieversorgungskrise der globalen Marktwirtschaft vorangetrieben worden, wie wenn Deutschland aufgrund seiner Braunkohlevorkommen davor bewahrt bleiben könnte.

Das Heuersdorf-Gesetz aus dem Jahre 2004 für die „bergbauliche Inanspruchnahme“ des Ortes wurde von der Sächsischen Staatsregierung mit der Vorstellung eines sonst drohenden Erzeugungsausfalls unterlegt. Unter den Bedingungen des liberalisierten Strommarktes in Europa, heißt es in der Begründung zum Gesetz, sei es „*wichtiger denn je*“:

„dass das Kraftwerk Lippendorf über die geplante Betriebszeit von 40 Jahren kontinuierlich mengen- und qualitätsgerecht mit Braunkohlen versorgt wird, um zu wettbewerbsfähigen Preisen Strom verkaufen zu können. Nur auf diese Weise ist es der Kraftwerksbetreiberin möglich, Fehlbeträge für die Deckung der Kapitalkosten, die durch die erhebliche Ermäßigung der Strompreise entstanden, auszugleichen.“

Die Staatsregierung hat damit den Landtag eingetrichtert, dass a) der Strommarkt, b) alle Wettbewerber und c) die Umwelt über 40 Jahre stillhalten würden, bis die getätigten Investitionen für das Kraftwerk Lippendorf aus dem Stromerlös getilgt werden. Es wurde somit unterstellt und bei der kontroversen Auseinandersetzung mit Heuersdorf immer wieder betont, dass beim Verzicht auf die Braunkohle unter dem Ort das Kraftwerk nicht profitabel betrieben werden könne.

Die sächsischen Landtagsabgeordneten haben – abgesehen von der PDS-Minderheitsfraktion – diese Analyse unkritisch hingenommen und das Heuersdorf-Gesetz im April 2004 verabschiedet. Keiner von ihnen hatte offenbar zugehört, als Bundeskanzler Gerhard Schröder bei der Einweihung des Kraftwerks Lippendorf am 22. Juni 2000 anmerkte:

„Die enormen Investitionen hier am Standort wurden von der VEAG aus eigener Kraft aufgebracht und von den ostdeutschen Stromkunden bezahlt.“

Die Kraftwerkskosten waren damit schon längst an die Stromkunden weitergereicht worden, als die Anlage erstmals in Betrieb ging. Nachdem wenig später die VEAG vom schwedischen Staatskonzern Vattenfall übernommen worden war, erklärte ebenfalls dessen Vorstandsvorsitzender in Deutschland, Dr. Klaus Rauscher, am 12. Juni 2003 gegenüber der Tageszeitung Die Welt:

„Zudem kann der Konzern demnächst mit voll abgeschriebenen, hochmodernen Anlagen arbeiten, nachdem Vattenfall in den neunziger Jahren fast neun Milliarden Euro in die Modernisierung ostdeutscher Kraftwerke investiert hat.“

Damit wurde der Beweis erbracht, dass die von der Sächsischen Staatsregierung unterstellte 40jährige Amortisierungszeit für das Kraftwerk Lippendorf eine Fiktion war. Es ist dabei weniger wichtig, ob dabei lediglich unterschiedliche Auslegungen der Betriebsbilanz miteinander konkurriert haben. Die Staatsregierung konnte sich jedenfalls darauf verlassen, dass solche Diskrepanzen keinen Landtagsabgeordneten der mehrheitlich vertretenen CDU und SPD kümmern würden. In beiden Parteien gilt schon längst der Fraktionszwang, durch den die Regierungsfähigkeit über das eigene Urteilsvermögen gestellt wird.

Darüber hinaus wurde die Abbaggerungsabsicht während der siebenjährigen Regierungszeit vom grünen Bundesumweltminister Jürgen Trittin geduldet und somit letztlich gefördert. Nachdem es nämlich Bündnis 90/Die Grünen in Nordrhein-Westfalen nicht gelungen war, den Braunkohlenabbau einzuschränken, wurde das bergbauliche Zerstörungswerk in Garzweiler sowie in dem Lausitzer Horno und in Heuersdorf stillschweigend in einen Stützpfeiler des Atomausstiegs verwandelt. Die Verbrennung von Braunkohle emittiert allerdings besonders hohe Mengen des Treibhausgases Kohlendioxid. Im Jahre 2002 fragte die oppositionelle CDU/CSU im Bundestag nach dem Stand des 25prozentigen CO₂-Reduktionsziels der Regierungskoalition. Das interessierte auch die Heuersdorfer, die in der Klimapolitik eines der stärksten Argumente für die Erhaltung ihres Ortes gesehen haben. Es wäre nämlich ein Leichtes gewesen, auf die hiesige Braunkohle am Rande des Tagebaus

zugunsten von CO₂-freien Windkraftanlagen und von energiesparenden Haushaltsgeräten zu verzichten.

Die verlegene Antwort der Bundesregierung auf die Oppositionsanfrage war derart hilflos, dass hier auf die Wiedergabe verzichtet werden soll. Deutschland hatte zwar etwa zwei Drittel der erforderlichen Emissionssenkungen in den 90er Jahren erreicht, doch das war hauptsächlich auf eine einzige Ursache zurückzuführen, nämlich den Rückgang der Braunkohlenutzung in den drei ostdeutschen Bundesländern Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Dieses Ereignis konnte sich aber nicht wiederholen, und seither verharrt der CO₂-Emissionsstand deshalb auf einem weitestgehend gleichbleibenden Niveau.

Es wäre unter diesem Umstand nur logisch gewesen, dort die Braunkohlenutzung weiter einzuschränken, wo Menschen wohnen und historische Bauten seit Jahrhunderten stehen. Doch die Selbstbehauptungskraft des Bergbaus bleibt solcher Sachlogik überlegen. Die Braunkohlewirtschaft macht allenfalls dort vor kulturhistorischen Übertretungen halt, wo das Ausland etwas davon erfahren könnte, wie beispielsweise bei der bedrohten Grabstätte von Friedrich Nietzsche in Röcken. Doch ansonsten bleibt der Bergbau ein Staat im Staat mit eigenen Rechtsauffassungen. Das war in der DDR ebenfalls beim Ministerium für Staatssicherheit der Fall, das in den Braunkohlerevieren die höchste Anzahl von inoffiziellen Mitarbeitern unterhielt. Den Aufruf im Herbst 1989 von „Stasi in den Tagebau“ war somit längst vorweggenommen worden. Die Enteignung der Heuersdorfer nach der bundesdeutschen Gesetzlichkeit erfolgt unter Mitwirkung von Menschen, deren Vergangenheit in diesem Zusammenhang niemals überprüft worden ist.

Man muss nicht in aller Ausführlichkeit die widerstrebenden Meinungen um Heuersdorf rekapitulieren – zwischen den Dorfbewohnern und ihren Mitstreitern einerseits und MIBRAG, Staats- und Bundesregierung, Bergbaugewerkschaft und selbst der Evangelischen Kirche andererseits – um das immer wiederkehrende Angesicht der Rechtsbeugung in unzähligen Varianten zu erkennen.

Wir stehen heute unter dem Dach der Kirche, wo alles Recht von oben ankommt, aber von den Menschen nicht unbedingt beachtet wird. Der bevorstehende Abbruch der Taborkirche ist eine Konsequenz aus der Missachtung des 9. Gebots nach der Lutherischen Bibelfassung: „Du sollst deines Nächsten Haus nicht begehren.“ Das deutsche Berggesetz legalisiert gerade diese Begehrlichkeit. 300mal sind in Deutschland Dörfer zerstört worden, und meistens hat die Amtskirche darüber geschwiegen.

Jeder Eigentümer erhält zwar ein Kohleersatzhaus für den Verlust seines Grundstücks in Heuersdorf. Werden jedoch die dahinter stehenden Begehrlichkeiten dadurch unwirksam gemacht? Es heißt ebenfalls an dieser Stelle in der Bibel: „Du sollst nicht begehren deines Nächsten Frau.“ Darf jemandem deswegen eine Kohleersatzfrau aufgezwungen werden, wenn das die Allgemeinheit so haben will?

Der Fortbestand kirchlicher Gleichgültigkeit wird weiter gefestigt, wenn ein ehemaliger Umweltpfarrer einen faustischen Pakt mit dem Braunkohle-Teufel abschließen kann (der Leipziger Auerbachskeller bietet sich als Standort für solche Übereinkünfte geradezu an) und einstige Schlosshunde des SED-Unrechtstaats heute als Hüter des Gemeinwohls gelten sollen. Es macht mich als Amerikaner besonders betroffen, dass die US-Armee am 14. April 1945 in Heuersdorf durchmarschierte und diese Region von den Nationalsozialisten befreite. Die Nachbarstadt Groitzsch soll damals hart umkämpft gewesen sein. Ich ertappe mich aber immer wieder in Gedanken bei der Frage, wie viele US-Soldaten damals ihr Leben lassen

mussten, damit Sachsen als Standort der demokratisch gefestigten Tatsachenverdrängung aufleben konnte.

In den Archiven der Leipziger Volkszeitung gibt es zahlreiche Beiträge über den angeblich drohenden Verlust des Energiestandorts Lippendorf durch den Widerstand der Heuersdorfer. Die LVZ hat mit Vorliebe solche Berichte im Hauptteil des Blattes veröffentlicht, während die Erwiderungen aus Heuersdorf – wenn überhaupt – nur im Regionalteil erscheinen durften. Aufgrund dieser Praxis und wegen ihrer tendenziösen Berichterstattung insgesamt gilt die Leipziger Volkszeitung im Dorf schon lange als Zentralorgan der MIBRAG.

Frei nach Friedrich Holländer („An allem sind die Juden schuld“ 1931) sind es immer die Heuersdorfer gewesen, die für alle Misere des Leipziger Südraums verantwortlich sein sollten. Nach Ansicht von Alfred Geißler, der als Vorstandsmitglied bei der IG BCE für die Bereiche Bergbau und Energiewirtschaft zuständig ist, gehören die von Heuersdorf vertretenen Argumente „ins Reich von Absurdistan“. Seine Äußerung stammte aus Februar 2005. Inzwischen musste sich die Bergbaugewerkschaft selbst in diesem Reich anmelden. Denn ihre starre Haltung zur Braunkohle versetzt sie in höchste Erklärungsnot.

1. Der Verzicht auf die Braunkohle unter Heuersdorf musste entgegen allen Behauptungen der IG BCE keinen Arbeitsplatzabbau verursachen. Die gleichen Bergarbeiter hätten das Dorf umrunden und jedes Jahr die erforderliche Menge Braunkohle abbauen können. Der Tagebau wäre dadurch lediglich um wenige Jahre früher geschlossen worden, was an sich nur für die Kindeskinde von Belang ist. Doch ob 36, 38 oder 40 Jahre Betriebszeit, besteht weiterhin keine Vorstellung für die Zeit nach der Braunkohle.

Würde man das Kraftwerk Lippendorf mit verringerter Leistung betreiben, reichten die regionalen Braunkohlevorkommen um bis zu einem Jahrhundert. Die Strom- und Wärmeversorgung ließe sich schrittweise auf erneuerbare Energien umstellen, während die jährlichen CO₂-Emissionen sofort auf einen Bruchteil des heutigen Wertes zurückgingen.

Bleibt man hingegen bei der jetzigen Braunkohleplanung, müssen mehrere tausend Beschäftigte beim Bergbau und in den Zulieferbetrieben täglich um ihre Zukunft bangen. Das war bereits im vergangenen Sommer offenkundig geworden, als in kurzem Abstand hintereinander die Christlich-Demokratische Arbeiterschaft (CDA), Sachsens Umweltminister Frank Kupfer und Ministerpräsident Stanislaw Tillich in der Region eintrafen, um über Arbeitsplätze bei der Braunkohle zu reden.

Die MIBRAG hatte bereits im April auf den unausweichlich gewordenen Zukauf von CO₂-Zertifikaten um 30 Millionen Euro im Rahmen des EU-Emissionshandels wegen der überhöhten CO₂-Emissionen ihrer drei museumsreifen Kraftwerke hingewiesen. Dadurch schrumpft ihr Gewinn um mehr als drei Viertel zusammen. Es ist dem Unternehmen auch nicht gelungen, einen weiteren Energiekonzern als Partner für das seit 1998 geplante Braunkohlekraftwerk in Profen zu finden. Der Betriebsrat spricht nun inzwischen von 350 gefährdeten Arbeitsplätzen in den Kraftwerken und weiteren 600 in den Tagebauen, sollte kein tragfähiges Konzept für die Aufrechterhaltung der betriebseigenen Strom- und Wärmeversorgung gefunden werden. Heuersdorf hat keinen Anteil an dieser Problemlage, außer dass es stets vor der Möglichkeit solcher Entwicklungen gewarnt hat.

2. Die MIBRAG hatte jahrelang durch Lobbyarbeit versucht, auf gelockerte Auflagen für den EU-Emissionshandel einzuwirken. Als sich jedoch Mitte September der Entschluss des Europäischen Parlaments abzeichnete, ab 2012 nur noch kostenpflichtige CO₂-Emissionszertifikate für den Betrieb von Kohlekraftwerken zuzulassen, bestand für die MIBRAG-Eigentümer keinen Grund mehr für ein fortgesetztes Engagement in Mitteldeutschland. Am 22. September 2008 berichtete die Leipziger Volkszeitung, dass das Unternehmen zum Verkauf stand. Die Zukunftsaussichten für die Belegschaft hatten sich dadurch weiter verschlechtert. Denn es konnte keinen potentiellen Eigentümer reizen, ein beschäftigungsintensives Unternehmen ohne erhebliche Kostenseinsparungen – was gewöhnlich Entlassungen und Lohnkürzungen bedeutet – weiter zu führen.

3. Um eine erhöhte Wertschöpfung für die Braunkohlenutzung zu erzielen, wurde Mitte Oktober in der Stadt Halle ein „Innovationsforum“ für Unternehmen und Wissenschaftler gegründet. Dessen erklärtes Ziel bestand an der Untersuchung von Verfahren zur chemischen Nutzung der Braunkohle. Sachsen-Anhalts Wirtschaftsminister Rainer Haseloff erklärte bei der Gründungsveranstaltung, dass die Braunkohle allein zur Stromerzeugung zu wertvoll sei – und stellte damit die bisherige Zielrichtung der eigenen Braunkohlepolitik in Frage. Doch die Umwandlung von Braunkohle in Kraftstoff und weitere hochwertige Produkte lohnt sich nur bei Erdölbezugskosten oberhalb 100 Dollar pro Fass – zweimal soviel wie der heutige Welthandelspreis. Die Kohleveredelung verursacht auch übermäßig hohe CO₂-Emissionen und hinterlässt kontaminierte Reststoffe in erheblichem Umfang, die eine aufwändige Deponierung zur Verhinderung von Grundwasserbelastungen erfordern. Die Beschäftigten der MIBRAG können bei solchen Aussichten keine Hoffnung in kurzfristig entstehende Ersatzarbeitsplätze für die stofflichen Verwertung der Braunkohle setzen.

4. Als äußerst problematisch dürfte sich die technische Auslegung des geplanten MIBRAG-Kraftwerks erweisen, sollte nun das Europäische Parlament eine jüngst vorgelegte Empfehlung des EU-Umweltausschusses annehmen. Demnach sollen die CO₂-Emissionen von allen nach 2015 errichteten Kraftwerken auf 500 g CO₂/kWh begrenzt werden. Das ist mit der herkömmlichen Braunkohletechnik nicht zu erreichen. Selbst die besten Kraftwerke schaffen mit diesem Brennstoff lediglich 850 g CO₂/kWh. Unter diesem Umstand erhöht sich der Druck, das neue MIBRAG-Kraftwerk unbedingt vor 2015 zu errichten, um der neuen Regelung zuvorzukommen. Nach Erkenntnis des Leipziger Ökolöwen sollen hierzu die regionalen Stadtwerke auf staatliche Anordnung gezwungen werden, sich an dem Projekt zu beteiligen. Dadurch würde aber die angeblich subventionsfreie Braunkohlenwirtschaft nun doch eine effektive Beihilfe abseits der freien Marktwirtschaft auf Risiko der Stadtwerkskunden erhalten haben.

Insgesamt haben sich die Wettbewerbsbedingungen für die Braunkohleverstromung in letzter Zeit erheblich verschlechtert. Denn die internationalen Brennstoffpreise gehen zurück, während die Zertifikatspreise beim CO₂-Handel bei rund 20 Euro pro Tonne liegen. Es kostet deshalb heute gut zweimal so viel, die CO₂-trächtige Braunkohle zu verbrennen, als das vor der Zeit der Kyoto-Vereinbarung der Fall war.

Bei der Verstromung einer Tonne Schleenhainer Braunkohle werden rund 1,2 Tonnen CO₂ emittiert – und eigentlich schon mehr, wenn der Bedarf der Bagger an Braunkohlenstrom

hinzugerechnet wird. 52 Millionen Tonnen Braunkohle unter Heuersdorf verursachen dadurch CO₂-Mehrkosten von über einer Milliarde Euro.

Die Heuersdorfer Braunkohle stellt 12 Prozent des Gesamtkohlebedarfs des Kraftwerks Lippendorf über 40 Jahre dar. Dieser Anteil der Erzeugungsleistung entspricht 208 Megawatt (MW). Um die gleiche Strommenge mit Windrädern zu erzeugen, bräuchte man beim durchschnittlichen Windnutzungsfaktor in Deutschland von 0,2 die fünffache Leistung, also 1038 MW. Nach Angabe der Herstellerfirma Enercon kostet eine Windkraftanlage mit 2 MW Leistung derzeit 2,5 Millionen Euro. Um deshalb die Braunkohle unter Heuersdorf durch erneuerbare Energien zu ersetzen und das Dorf vor der Abbaggerung zu bewahren, wäre ein Windpark mit 519 Windrädern zu jeweils 2 MW bei einem Gesamtpreis von rund 1,3 Milliarden Euro erforderlich gewesen. Ein CO₂-Handelspreis von 21 Euro pro Tonne entspricht dem erforderlichen Kapitalkaufwand dieses Windparks. Die anschließend erzielten Einnahmen aus der Stromeinspeisung gemäß dem Erneuerbaren Energiegesetz (EEG) hätten den entgangenen Erlös aus dem Heuersdorfer Braunkohlenstrom bei weitem ausgeglichen. Der Verzicht auf die Umsiedlung bedeutete außerdem eine Entlastung der MIBRAG um zusätzliche 50 Millionen Euro.

Die erfolgte Abbaggerung des Dorfes reduziert sich unter diesem Umstand auf ein umwelt- und kulturwidriges Vorhaben, das die anhaltende Wirkung von anachronistischen Gesetzen unter Beweis stellt. Entgegen der Behauptung der Sächsischen Staatsregierung ist die Heuersdorfer Braunkohle nicht zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit erforderlich. Denn die Kohle unter dem bewohnten Teil des Ortes entspricht lediglich dem Kohlemehrverbrauch der drei veralteten MIBRAG-Kraftwerke, der durch ein modernes und entsprechend hocheffizientes Braunkohlekraftwerk erübrigt worden wäre.

Am vergangenen Wochenende in Erfurt wurde beim Bundesparteitag von Bündnis 90/Die Grünen das Ziel aufgerufen, bis zum Jahre 2030 die deutsche Stromerzeugung vollkommen auf erneuerbare Energien umzustellen. Die Umsetzung dieser Vorgabe würde eine vorverlegte Stilllegung des Kraftwerks Lippendorf um zehn Jahre bedeuten und Heuersdorf somit endgültig zum überflüssigen Opfer gemacht haben.

Die Heuersdorfer haben jahrelang um die Erhaltung ihres Dorfes gekämpft, und doch sind es Jahr für Jahr immer weniger gewesen, die zum Ausharren entschlossen waren. Von den ursprünglich 347 Einwohnern 1990 ist heute nur noch eine kleine Schar übriggeblieben. Der Wegzug der Bevölkerungsmehrheit wird vielfach als die Einsicht in eine höhere Notwendigkeit interpretiert. Doch jeder dieser Entscheidungen ging ein langer Abwägungsprozess voraus, bei dem keine ideologischen sondern vor allem persönliche Überlegungen im Vordergrund standen. Hierzu haben gezählt:

Baufälligkeit von Wohngebäuden

Da Fördermittel für Bausanierungen von der Sächsischen Staatsregierung vorenthalten werden, kann eine Umsiedlung als Möglichkeit angesehen werden, dem Substanzverfall der eigenen Wohnunterkunft zu entkommen.

Übergroßes Wohneigentum

Die Unterhaltung ehemaliger bäuerlicher Anwesen kann die finanziellen Ressourcen insbesondere jener Eigentümer überfordern, die im Rentenalter sind oder über kein geregeltes Einkommen verfügen.

Hohe Gewinnaussichten

Die von der MIBRAG angebotenen Übernahmesummen für Wohnbauten, zu denen oft weitere Gebäude oder Grundstücke gehören, sind in vielen Fällen den aufgebrachten Investitionen bzw. den finanziellen Verpflichtungen des Eigenbesitzes überlegen. Die umsiedlungsbedingte Vergütung von Grundeigentum kann weit über dem Verkehrswert vergleichbarer Objekte in der Region liegen.

Wunsch nach Eigenheim

Bauplätze werden in Heuersdorf nicht genehmigt. Die MIBRAG verkauft keine von Umsiedlern erworbenen Wohngebäude oder Grundstücke an Privatinteressenten weiter. Der Bau oder Erwerb eines Eigenheims kann deshalb nur in auswärtigen Gemeinden erfolgen, sofern keine Übernahme von einem anderen Heuersdorfer Eigentümer möglich ist.

Erwartete Erhaltung von Heuersdorf

Glaubt ein bauwilliger Bürger, dass sich die Umsiedlung der Dorfbevölkerung doch nicht durchsetzen lassen wird, könnte er aus eigenen finanziellen Beweggründen das Kaufangebot der MIBRAG annehmen, bevor es entfällt.

Wegzug durch Heirat

Einzelne Einwohner haben aufgrund von Eheschließungen ihren Lebensmittelpunkt an anderen Wohnorten gefunden. Aus dem gleichen Grund sind allerdings auch Zuzüge nach Heuersdorf erfolgt, das inzwischen mehrere junge Familien zählt.

Berufsbedingte Umsiedlung

Einige Heuersdorfer sind aus beruflichen Gründen umgezogen und haben zum Teil auch den westsächsischen Raum mit seiner hohen Erwerbslosenquote verlassen, um eine angemessene Arbeit zu finden. Die meisten Städte im Umfeld des Braunkohlebergbaus verzeichnen immer weniger Gewerbesteuererinnahmen, so dass in absehbarer Zeit mit einer regionalwirtschaftlichen Erholung nicht mehr zu rechnen ist.

Eigene Arbeitsplatzsicherung

Die Umsiedlung wird von allen Heuersdorfern erwartet, die bei der MIBRAG oder bei ihren Unterauftragnehmern beschäftigt sind. Bei Nichtbeachtung droht der Verlust des Arbeitsplatzes.

Beschäftigung als Belohnung

Die MIBRAG stellt ein vertraglich geregeltes Arbeitsverhältnis für jeden umsiedlungswilligen Beschäftigungslosen in Aussicht.

Altersbedingte Umsiedlung

Die Entschädigungsleistungen für Umsiedler sind gemäß dem "Heuersdorf-Vertrag" nicht übertragbar. Die Erben eines Grundstückseigentümers haben daher keinen eigenen Anspruch auf die Umsiedlungszulage in Höhe von 150.000 DM (etwa 76.694 Euro). Ein Teil der Bürger

haben das Umsiedlungsangebot der MIBRAG erst im fortgeschrittenen Alter und in einzelnen Fällen sogar knapp vor dem eigenen Ableben angenommen.

Tod eines Ehepartners

Es kann für verwitwete Personen überlegenswert sein, zu Verwandten an anderen Wohnorten zu ziehen.

Todesfälle ohne Umsiedlung

Seit 1990 sind über ein Zehntel der Heuersdorfer im Ort gestorben. Sie können nicht in die Umsiedlungsstatistik einbezogen werden.

Menschliche Konflikte

Das Umsiedlungsangebot der MIBRAG stellt einen Nährboden für private Konflikte dar, die durch die finanziellen Perspektiven einer Umsiedlung entstehen oder verschärft werden und durch diese auch gelöst werden sollen.

Der Einsatz der Heuersdorfer zur Wahrung aller gesetzlich geregelten Ansprüche um die Umsiedlung ist noch nicht angeschlossen. Denn die Bedingungen der zugesprochenen Sozialverträglichkeit sind in vielfältiger Hinsicht nicht oder nur teilweise erfüllt worden. Weitere Verhandlungen mit der MIBRAG sowie eventuell auch zukünftige Debatten im Landtag stehen deshalb noch bevor.

Die eigentümliche Entwicklung um Heuersdorf kann in der erlebten Form zwar niemals zurückkehren, und dennoch dürfte der amerikanische Schriftsteller Mark Twain mit seiner Feststellung schließlich Recht behalten, dass sich die Zeitgeschichte zwar nicht wiederholt, aber doch immer wieder reimt. Die sozialwirtschaftlichen Bedingungen, die alle menschlich unwürdigen Erscheinungen um Heuersdorf ermöglichten, haben sich inzwischen weiter verfestigt. Wissenschaftliche Selbsttäuschung bestimmt diejenigen Aspekte der sächsischen Klima- und Energiepolitik, die mit der Braunkohlenutzung nicht im Einklang stehen. Die Vorgabe einer 40jährigen Laufzeit für das Kraftwerk Lippendorf ist zwar historisch überliefert, aber viele wesentliche Annahmen, unter denen dieser Zeithorizont angelegt wurde, haben inzwischen ihre Gültigkeit verloren.

In früheren Jahren konnte man sich zum Verlust an regionaler Orientierung mit einer weiteren Bemerkung von Mark Twain erheitern, die da hieß: „Als sie das Ziel aus den Augen verloren hatten, haben sie ihre Anstrengungen verdoppelt.“ Doch viele Menschen haben keine Kraft mehr, sich überhaupt noch um irgendetwas anzustrengen. John F. Kennedy hat oft betont, dass die Zukunft denjenigen gehören würde, die sich darauf vorbereitet hätten. Wer macht sich aber heute noch eine Vorstellung von einer Zukunft, in der er mit seinem knappen Geld mitten in den verbauten Chancen dieser Region noch leben könnte? Das einzige, was die weite Welt über den Leipziger Südraum weiß, ist dass dort mal eine Kirche umgesetzt wurde, und dass aber sonst den Menschen offenbar das Zerstören von Lebensräumen leichter fällt, als die Etablierung einer exportfähigen Produktionswirtschaft. Welcher Investor sollte darauf erpicht sein, sein Geld dieser Tradition anzuvertrauen?